

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Mehrwertsteuersystemrichtlinie evaluieren – Bürgerinnen und Bürger bei Grundbedarfen effektiv entlasten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Durch den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands gegen die Ukraine befindet sich Deutschland, aber letztlich auch die Europäische Union und die gesamte Welt, in einer angespannten Situation – sowohl wirtschaftspolitisch, verteidigungspolitisch und energiepolitisch als auch zunehmend sozialpolitisch.
2. Die derzeitige Lage erfordert eine gemeinsame Zusammenarbeit auf allen Ebenen, sowohl innerhalb Deutschlands als auch mit unseren Verbündeten auf der ganzen Welt.
3. Die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung haben mit ihren bisherigen Wirkungen einen großen Beitrag zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in dieser Krise geleistet und werden diesen auch weiterhin leisten, wie zum Beispiel durch das Energiegeld.
4. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Umsatzsteuer auf Erdgas von 19 Prozent auf sieben Prozent zu senken und somit dafür zu sorgen, dass die vorzeitige Gaspreiserhöhung für die Bürgerinnen und Bürger durch die Gasumlage kompensiert wird, ist zweifelsfrei zu begrüßen.
5. Bei der Suche nach Instrumenten zur Bewältigung der Probleme in Deutschland und der Europäischen Union insgesamt, die durch den Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine potenziert wurden, darf es keine Denkverbote geben. Praktisches, unbürokratisches und stets an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtetes Handeln ist das Gebot der Stunde.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich bei der Bundesregierung und über Bundesratsinitiativen dafür einzusetzen beziehungsweise andere Initiativen derart zu unterstützen, dass auf europäischer Ebene die Mehrwertsteuersystemrichtlinie angepasst wird und so den Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union mehr Möglichkeiten bei der Ausgestaltung der Steuersätze und Befreiungstatbestände eingeräumt werden, die vor allem die Grundbedarfe der Bürgerinnen und Bürger betreffen.
2. sich bei der Bundesregierung und über Bundesratsinitiativen dafür einzusetzen beziehungsweise andere Initiativen derart zu unterstützen, dass aufgrund der konkreten Situation eine Befreiung der energetischen Grundbedarfe von der Umsatzsteuer durch eine Änderung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie ermöglicht wird und sich dann für eine möglichst weitreichende Umsatzsteuerbefreiung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten einzusetzen.

René Domke und Fraktion**Begründung:**

Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine befindet sich sowohl Deutschland als auch die Europäische Union und die gesamte Welt in einer der schwierigsten Situationen seit einigen Jahrzehnten – wir haben wieder Krieg in Europa. Diese Situation verlangt sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch den Unternehmen in ganz Europa viel ab.

Deutschland befindet sich hierbei durch seine hohe Abhängigkeit von russischem Gas in einer besonders problematischen Lage. Um schwere Verwerfungen sowohl bei den privaten Haushalten als auch in der Wirtschaft und im öffentlichen Sektor zu verhindern, ist es deshalb das Gebot der Stunde, stets bedacht, aber auch schnell und konsequent zu handeln. Dabei darf es keine Denkverbote geben.

Um adäquat handeln zu können und um besser für zukünftige Krisen gewappnet zu sein, sollte die EU-weit rechtsverbindliche Mehrwertsteuersystemrichtlinie überarbeitet werden. Unkomplizierte und schnelle Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft oder zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in Extremsituationen dürfen nicht an bürokratischen Hürden scheitern – schon gar nicht, wenn eine Änderung allen Mitgliedstaaten der EU helfen würde.

Ebenfalls ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich zu überlegen, welche Möglichkeiten sich rechtlich bieten bzw. geschaffen werden können, um Bürgerinnen und Bürger in Krisen oder sogar generell bei den energetischen Grundbedarfen von der Umsatzsteuer zu befreien.